

Student*innenparlament Marburg
- Vorstand -
Erlenring 5
35037 Marburg

Telefon: (06421) 1703-0
Telefax: (06421) 1703-33
stupa@asta-marburg.de

asta-marburg.de/stupa



Marburg, den 05.07.2023

Antrag: Jüdisches Leben am Campus schützen

Das Student*innenparlament hat beschlossen:

Die Befreiung der Vernichtungslager durch die Rote Armee und der Sieg der Sowjetunion, Chinas, den USA, des Vereinigten Königreichs, Frankreichs und der übrigen Alliierten über die Barbarei des deutschen Nationalsozialismus, des italienischen Faschismus und des japanischen Imperialismus, war weder das Ende des Antisemitismus, noch das Ende von anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Besonders in Westdeutschland hatten die Verbrechen des Nationalsozialismus für viele Täter*innen keine Konsequenzen. Ehemals überzeugte Nazis wurden mit der CDU Bundeskanzler, als Kriegsverbrecher verurteilte ehemalige Vorstände der IG-Farben wurden Vorstände der Nachfolgeunternehmen, Büttfisch bekam dafür das Bundesverdienstkreuz. Die Familie Quandt, die tief in Kriegsverbrechen verstrickt war, unter anderem jüdische Zwangsarbeiter:innen in ihren Batteriewerken ohne Schutzkleidung mit Blei und Cadmium arbeiten ließ und ein firmeneigenes KZ besaß, ist heute aufbauend auf diesem Vermächtnis die reichste Familie Deutschlands.

Gleichzeitig sind jüdische Menschen in Deutschland nach wie vor nicht sicher, was der rechtsextreme Anschlag von Halle ebenso zeigt, wie die anderen 2641 im Jahr 2022 erfassten antisemitischen Straftaten. Ob Synagogen und jüdische Friedhöfe angegriffen werden, in Chatgruppen der Polizei Witze über den Holocaust geteilt werden oder Menschen mit Kippa verbal oder körperlich angegriffen werden. Der Antisemitismus in Deutschland ist nie verschwunden und er ist hier wie auch überall immer noch virulent.

Kernprinzip linker Politik ist der Kampf gegen jede Form der Unterdrücken und somit auch der entschlossene Kampf gegen Antisemitismus und für gleiche Rechte jüdischer Menschen und deren Repräsentation.

Deshalb fordern wir:

1. eine Professur zum Thema Antisemitismus- und Faschismus-Forschung, zur Fortführung der Faschismusprofessur von Reinhard Kühnl. In einer solchen sollen auch die Zusammenhänge zwischen Faschismus, Antisemitismus und Kapitalismus untersucht werden.

2. die Uni auf, dass sie temporär keine Gelder von Unternehmen annimmt, die sich der Mittäterschaft schuldig gemacht haben, bis ordentliche Entschädigungen und Reparationen an alle Opfer des deutschen Nationalsozialismus gezahlt wurden.

3. den AStA Marburg dazu auf, die Geschichtswerkstatt e.V. für eine Veranstaltung zu den Marburger Jägern sowie der Studierendenschaft und dem Nationalsozialismus anzufragen und durchzuführen.

4. Der AStA stellt Kontakt zu der Jüdischen Gemeinde Marburg her und fragt an, wie jüdisches Leben am Campus geschützt werden könnte und in studentischen Strukturen stärker repräsentiert werden kann.

-Der Vorstand des 57. Student*innenparlament